

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

§ 1	Einleitung	1
§ 2	Bedürfnis und Zweck bei Normen über das Verhalten von Abgeordneten	6
	I. Grundsätzliches	
	II. Bedürfnis und Zweck bei historischen Beispielen der Regelung von Abgeordnetenverhalten durch Inkompatibilitäten	8
	1. Parlamentarische Inkompatibilitäten	8
	2. Wirtschaftliche Inkompatibilitäten	
	a) Ältere wirtschaftliche Inkompatibilitäten	9
	b) Reine wirtschaftliche Inkompatibilitäten	9
	III. Folgerungen für Bedürfnis und Zweck von Verhaltensregeln heute	10
§ 3	Aufgabe und Stellung des Abgeordneten	13
X	I. Aufgabe des Abgeordneten	14
	II. Maßstab für die Interessenabwägung des Abgeordneten	26
	1. Kriterien eines Maßstabs für die Abwägung	
	2. Begriffe und Prinzipien als Maßstäbe der Abwägung	27
	3. Parlamentsunwürdige Interessen	34
	III. Gestaltungsfreiheit des Gesetzgebers	36
X	IV. Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten	38
	V. Pluralistischer Aspekt	41
	VI. Folgerungen	44
§ 4	Kollisionen von Interessen und Pflichten	
	I. Allgemeines	46
	II. Persönliches Interesse	51
	1. Regelung im Gemeindeverfassungsrecht	
	a) Vorteil	
	b) Immaterieller Vorteil	54
	c) Allgemeines Interesse	55
	2. Parlament	57
	III. Pflicht aus dem Mandat:	
	Die Zurückstellung persönlicher Interessen	
	1. Die Veramtung	53
	2. Unbefangenheitssatz	66
	3. Geltungsgrund des Unbefangenheitssatzes bei der Legislative	68
	IV. Interessen-Pflichtenkollision	80

§ 5	Abhängigkeit des Abgeordneten und Nachgeben gegenüber Beeinflussung als Merkmale unvereinbaren Verhaltens?	
X	I. Nachgeben gegenüber Beeinflussung	81
	II. Abhängigkeit	83
§ 6	Rechtstechnische Mittel zur Regelung unvereinbaren Verhaltens	
X	I. Inkompatibilität, Ausschluß, Offenlegung	86
	II. Gesetzliche Vorkehrungen gegen mißbilligte Bezüge	89
§ 7	Übersicht über den Fortgang der Untersuchung	92
§ 8	Inkompatibilität	93
	I. Allgemeines	
	II. Funktionelle Inkompatibilität und Befangenheits-Inkompatibilität	123
	III. Befangenheits-Inkompatibilität und Beschränkung der Wählbarkeit	127
	1. Beschränkung der Wählbarkeit	127
	2. Dauerkollision	129
	3. Rechtfertigung der Beschränkung der Wählbarkeit	133
	IV. Befangenheits-Inkompatibilität und Gewissensfreiheit des Abgeordneten	138
	V. Berufsfreiheit	139
	VI. Zumutbarkeit	145
	VII. Folgerungen	147
§ 9	Ausschluß	153
	I. Beschränkung der Wählbarkeit	163
X	II. Ausschluß und Gleichbehandlung	164
	III. Gewissensfreiheit	165
X	IV. Berufsfreiheit	171
	V. Meinungsfreiheit	172
§ 10	Rechte und Chancen der Bürger auf Einflußausübung	176
	I. Allgemeines	
	II. Aktives Wahlrecht	177
X	III. Elemente unmittelbarer politischer Willensbildung	179
	IV. Meinungsfreiheit und Petitionsrecht als Grundlage zur Ausübung von Einfluß durch den Bürger	180
	V. Gleichheitssatz und Ausübung von Einfluß durch den Bürger	185

§ 11 Funktionsfähigkeit des Parlaments	187
I. Ausschluß	
1. Besondere Regelungen der Funktionsfähigkeit	189
2. Beschlußunfähigkeit wegen Befangenheit und Funktionsunfähigkeit	190
3. Unbefangenheitssatz und Sicherung der Funktionsfähigkeit des Parlaments: Konkordanz der Prinzipien	195
4. Nichtigkeit des Parlamentsbeschlusses und Funktionsfähigkeit	202
II. Inkompatibilität	204
§ 12 Offenlegung	206
I. Rechtstechnische Erscheinungsformen der Offenlegung	207
II. Zwecke einer Offenlegung	208
1. Reaktion beim Adressaten der Offenlegung	209
2. Hemmungswirkung beim Abgeordneten	212
3. Ansehen des Parlaments	214
III. Adressaten der Offenlegung	217
1. Bürger	
2. Abgeordnete	
3. Regierung und Verwaltung	218
4. Parteien	219
5. Unterschiedliche Offenlegung	220
IV. Gegenstand der Offenlegung	220
§ 13 Rechtsgrundlage für Offenlegungspflichten	
I. Unbefangenheitssatz	
II. Öffentlichkeitsprinzip; Erstreckung der Offenlegung auf die private Sphäre des Abgeordneten	222
§ 14 Fortgang der Untersuchung: Übersicht	230
§ 15 Beschränkung der Wählbarkeit	231
§ 16 Gewissensfreiheit	232
§ 17 Berufsfreiheit	232
§ 18 Abwehrrechte gegen Offenlegungspflichten	
I. Der private Bereich (Art. 2 Abs. 1 GG)	234
II. Art. 5 Abs. 1 GG	236
§ 19 Einzelprobleme der Offenlegung	239
I. Anzeige von Beziehungen des Abgeordneten zu Interessenträgern, insbesondere Offenlegung von Interessenverknüpfungen	240

II.	Beziehungen des Abgeordneten zur Regierung und zu Verwaltungsbehörden	247
III.	Beziehungen des Abgeordneten zu Interessenträgern, die kein persönliches Interesse begründen	248
IV.	Geeignetheitsgebot	249
V.	Ergänzungsbedürftigkeit der Verhaltensregeln und abgestufte Offenlegung unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung von Abgeordneten	257
VI.	Spenden	259
VII.	Zustimmung zu offengelegten Rechtsbeziehungen oder offengelegtem Verhalten durch Untätigkeit des Parlaments?	282
§ 20	Auswirkungen von Offenlegungspflichten des Abgeordneten auf dem Parlament nicht Angehörnde	284
I.	Verschwiegenheitspflicht des Abgeordneten	285
II.	Offenlegung der Namen von Spendern	287
III.	Offenlegung sonstiger Tatsachen aus der Sphäre von Interessenträgern	288
	1. Freiheit der Berufsausübung	288
	2. Freiheit der Entfaltung der Persönlichkeit	290
	3. Freiheit der Meinungsäußerung	291
§ 21	Die Offenlegungsnormen ergänzende Regelungen in den Verhaltensregeln	
I.	Hinweise auf die Abgeordneteneigenschaft	292
II.	Richtlinien gem. I Nr. 7 VR	295
	1. Vereinbarkeit zwischen Mandat und Rechtsanwaltsberuf	297
	2. Ausschluß des Abgeordneten-Anwalts	302
	3. Ausnahmeregelungen	307
	4. Offenlegung	308
	5. Zusammenfassung	313
III.	Registrierung von Verbänden und deren Vertretern	315
§ 22	Wirksamkeit von Offenlegungsnormen	318
§ 23	Vorkehrungen gegen bestimmte Bezüge des Abgeordneten: Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts	323
I.	Vorkehrungen	323
X II.	Rechtsgrundlage für Vorkehrungen	325
	1. Unabhängiger Status des Abgeordneten	326
	2. Anspruch auf gleichmäßige finanzielle Ausstattung im Mandat	330

III.	Tatbestandsmerkmale für Vorkehrungen	335
	1. Gegenleistung des Abgeordneten	
	a) Mangel an Gegenleistung	335
	b) Angemessenheit der Gegenleistung	338
	2. Erhalt von Bezügen in der Erwartung der Interessenwahrnehmung	342
IV.	Kontrolle der Angemessenheit der Gegenleistung durch die Finanzverwaltung	347
V.	Verfassungsmäßigkeit von Vorkehrungen unter dem Gesichtspunkt der Beschränkung der Wählbarkeit und der Freiheit der Berufsausübung	349
	1. Verbot jeder beruflichen oder entgeltlichen Tätigkeit neben dem Mandat	349
	2. Verbot der Annahme bestimmter Bezüge oder des Eingehens bestimmter Rechtsverhältnisse	351
	3. Verbot der Ausübung bestimmter Tätigkeiten neben dem Mandat	353
	4. Zustimmung zu bestimmten Verhaltensweisen oder Tätigkeiten neben dem Mandat	353
VI.	Zivilrechtliche Folgen	356
VII.	Zusammenfassung	358
§ 24	Sanktionen	367
I.	Ausschluß	
	1. Persönliche Sanktionen	368
	2. Sachliche Sanktion	372
II.	Inkompatibilität	378
III.	Offenlegung	379
IV.	Vorkehrungen gegen bestimmte Bezüge	384
V.	Verschiedene Sanktionen	385
	1. Verfall von Vorteilen zu Gunsten des Fiskus	386
	2. Verlust des Mandats	387
	3. Verbot einer erneuten Kandidatur	399
	4. Mißbilligung	400
	5. Nichtwiederwahl des Abgeordneten	400
	6. Unterlassene Sanktion	402
§ 25	Normquellen für Verhaltensnormen für Abgeordnete	403
§ 26	Ermächtigungsgrundlage für Verhaltensnormen	416
I.	Allgemeines	416
II.	Art. 38 Abs. 3 GG	417
III.	Verhaltensnormen	422

1. Ausschluß	422
2. Inkompatibilität	423
3. Offenlegung	423
4. Gesetzliche Vorkehrungen gegen bestimmte Bezüge	424
IV. Sanktionen	424
1. Ausschluß	425
2. Inkompatibilität	425
3. Offenlegung	425
4. Verfall und Einziehung von Vorteilen zu Gunsten des Fiskus	
5. Verlust des Mandats	426
§ 27 "Parteieigene" Verhaltensregeln?	426
§ 28 Die Entwürfe "eines Gesetzes zur Änderung des Abgeordnetengesetzes" der Fraktionen der SPD einerseits und der CDU/CSU und FDP andererseits	441
§ 29 Vorschläge zur Gestaltung der Verhaltensregeln, die in den Gesetzesentwürfen (§ 28) keine Berücksichtigung gefunden haben	455
Abkürzungsverzeichnis	475
Literaturverzeichnis	477
Sachverzeichnis	500